

Nr. 1/Mai 2013

## Syrien: Bevölkerung braucht dringend Hilfe

### Deutsche Hilfsorganisationen fordern mehr Initiative gegen die humanitäre Katastrophe vor den Toren Europas

Seit Ausbruch des syrischen Konflikts mit dem Aufstand gegen die Regierung Assad im März 2011 hat sich die Krise in Syrien und seinen Nachbarländern zu einer der größten humanitären Katastrophen der letzten zehn Jahre ausgeweitet. Schätzungsweise 75.000 Menschen sind Opfer der Kämpfe geworden. Laut den Vereinten Nationen (UN) sind inzwischen 6,8 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. 4,25 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht vor den anhaltenden Kampfhandlungen.<sup>1</sup> Städte wie Deir Az Zor, Hama, Homs und Aleppo sind weitgehend zerstört.<sup>2</sup> Während die internationale Krisenbewältigung bisher versagt, verschlechtert sich die humanitäre Situation in Syrien und den Nachbarländern aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen täglich.

Nahrungsmittel sind äußerst knapp, die Preise von Brot haben sich vervierfacht. Die öffentliche Versorgung mit Trinkwasser funktioniert in vielen Orten nicht mehr, und eine nicht ausreichende Müllentsorgung macht den Ausbruch von Krankheiten bei zunehmend wärmerem Wetter immer wahrscheinlicher. Die Versorgung von Kranken und Verwundeten kann nur noch unter Lebensgefahr geleistet werden. Wiederholt sind Krankenhäuser gezielt angegriffen worden. Den Ärzten fehlt es an medizinischer Grundausstattung, und sie müssen teilweise Notoperationen ohne Betäubungsmittel durchführen.

Immer weitreichender sind die oft übersehenen sozialen Auswirkungen des Konfliktes:

Hunderttausende Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Bei einer direkten Befragung in einer Konfliktzone haben 75 Prozent aller Kinder angegeben, den Tod eines oder einer Angehörigen beziehungsweise einer vertrauten Person erlebt zu haben.<sup>3</sup> Hunderttausende Menschen, darunter viele Kinder, sind durch das Miterleben von Gewalt traumatisiert. Mehr als zweitausend Schulen sind, zum Teil schwer, beschädigt worden. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen: je länger Kinder nicht zur Schule gehen können, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie überhaupt keine Schulbildung mehr erhalten und die Zukunft einer ganzen Generation zerstört wird.<sup>4</sup>

Mit insgesamt 1,3 Millionen Flüchtlingen sind die Nachbarländer zunehmend überfordert. Besonders in Jordanien und im Libanon drohen die lokale Verwaltung, das Gesundheitssystem und die Wirtschaft wegen der Belastung zusammen zu brechen. Angesichts der sozialen Konflikte und politischen Folgen ist eine Destabilisierung der Region nur eine Frage der Zeit. Allein Jordanien hat – bei einer Gesamtbevölkerung von 6,2 Millionen Einwohnern – bereits circa 450.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das ist, bezogen auf die Einwohnerzahl so, als müsste Deutschland – mit besser entwickelter Infrastruktur und Verwaltung – 6,1 Millionen Flüchtlingen aufnehmen und versorgen.

Die Zahl der Flüchtlinge in den Nachbarländern wird sich nach Einschätzung der UN bis Ende 2013 auf 3,5 Millionen, die Zahl der internen Flüchtlinge auf sechs Millionen erhöhen. Fast je-

<sup>1</sup> OCHA, Humanitarian Bulletin: Syria, Mai 2013,

<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Syria%20Humanitarian%20Bulletin%20-%20Issue%20%2324.pdf>

<sup>2</sup> Siehe Bericht der stellvertretenden UN-Generalsekretärin Valerie an den UN-Sicherheitsrat am 18. April 2013:

<https://docs.unocha.org/sites/dms/Documents/USG%20Amos%20Security%20Council%20on%20Syria%2018%20April%202013%20CAD.pdf>

<sup>3</sup> Bericht „Childhood under fire“, Save the Children International, März 2013

[http://www.savethechildren.org.uk/sites/default/files/images/Childhood\\_Under\\_Fire.pdf](http://www.savethechildren.org.uk/sites/default/files/images/Childhood_Under_Fire.pdf)

<sup>4</sup> Bericht „Childhood under fire“

der zweite Syrer, jede zweite Syrerin wäre dann auf der Flucht. Die Menschen fliehen vor Gewalt und Repression. Aber auch die immer dramatischer werdenden Versorgungsengpässe veranlassen die Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen.

### Täglich in den Medien und doch nicht wahrgenommen?

Diese humanitäre Katastrophe findet in unmittelbarer Nähe zu Europa statt und wird dennoch kaum wahrgenommen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Berichterstattung in den Medien zur humanitären Situation der Zivilbevölkerung nimmt im Vergleich zu den Nachrichten über den Konfliktverlauf zu wenig Raum ein. Unabhängige einheimische und ausländische Journalisten sind in ständiger Gefahr, verletzt oder entführt zu werden. Berichte und Bilder werden oft von den Konfliktparteien instrumentalisiert, und viele Menschen zweifeln am Wahrheitsgehalt. Um ihre lokalen und internationalen Mitarbeitenden nicht zu gefährden und auch ohne Zustimmung der Regierung beziehungsweise aller oppositioneller Gruppierungen arbeiten zu können, berichten Hilfsorganisationen nicht im gewohnten Maße über ihre Arbeit. So fehlen authentische Bilder von der Not der Menschen. Nicht zuletzt macht eine schwer überschaubare politische Gemengelage in Syrien dem Betrachter eine eindeutige Zuordnung von Opfern und Tätern unmöglich. Dadurch wird die emotionale Identifikation mit der Notsituation der Bevölkerung in Syrien erschwert und das Interesse erlahmt.

### Humanitäre Hilfe ist möglich

Dennoch ist der Eindruck falsch, dass nichts getan werden kann. Deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind in beachtlicher Anzahl bereits seit Ausbruch des Konfliktes in Syrien und in den Nachbarländern wie der Türkei, Libanon, Jordanien und dem Irak tätig. Sie arbeiten mit lokalen syrischen, libanesischen, jordanischen, türkischen oder irakischen Partnern und Personal zusammen.

Die deutschen Organisationen leisten mit den Partnern unmittelbare medizinische Versorgung, verteilen Nahrungsmittel und versorgen die Bevölkerung mit Trinkwasser. Sie unterstützen die

Menschen in Syrien, leisten aber auch Hilfe für die Gemeinden und Gastfamilien, die in den Nachbarländern Flüchtlinge aufgenommen haben und tragen somit zu einer wichtigen Entlastung und Stabilisierung in diesen Regionen bei.

Dabei richten die im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) organisierten humanitären Hilfsorganisationen ihre Hilfe nach den humanitären Prinzipien der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit aus. Der Bedarf alleine bestimmt Art, Umfang und Empfänger der Hilfe, die nach anerkannten Qualitätsstandards unabhängig von nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit beziehungsweise religiöser oder politischer Gesinnung geleistet wird.

### Hilfe unter schwierigen Rahmenbedingungen

Bei der Hilfe vor Ort stehen die humanitären Organisationen vor praktischen Herausforderungen. Organisationen, die innerhalb von Syrien arbeiten, müssen täglich zwischen der dringend erforderlichen Hilfe und den Risiken für das eigene Personal und dem Personal der Partnerorganisationen abwägen. Bei der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren muss genau geprüft werden, ob das Hauptinteresse auf einer unabhängigen Hilfe liegt und die humanitären Prinzipien geachtet werden. In vielen Gebieten verlaufen die Konfliktlinien so unübersichtlich, dass Hilfe teilweise kurzfristig und flexibel über ad hoc organisierte Gruppen geleistet werden muss. Allgemein ist humanitäre Hilfe im Kontext Syriens ohne lokale Kenntnisse, freiwilliges Engagement und die Einbindung vorhandener gesellschaftlicher Organisationsformen wie Gemeinderäten, kirchlichen Strukturen oder lokalen Hilfskomitees nicht zu leisten. Umso wichtiger ist es, dass NRO neben Hilfeleistungen auch die Einhaltung der humanitären Prinzipien einfordern und zur Geltung bringen.

### Keine Frage von „gut oder böse“

An der Frage „gut oder böse“ darf sich humanitäre Hilfe nicht orientieren. Humanitäre Akteure sind dem humanitären Imperativ verpflichtet. Dieser ist ein ethisches Gebot, Überlebenshilfe für die notleidende Zivilbevölkerung zu leisten. Die Hilfsorganisationen sind aber zur Rechenschaft

verpflichtet, dass die Hilfe auch bei den Bedürftigen ankommt und nicht für die Interessen einzelner Konfliktparteien missbraucht wird. Auch hier wird vor Ort immer wieder eine schwierige Abwägung für jeden Einzelfall, jede Hilfsaktion, jeden Aufbau einer Klinik oder Gesundheitsstation verlangt.

Auch bürokratische Hindernisse erschweren den Zugang zu den betroffenen Menschen. Die syrische Regierung gewährt nur wenigen NRO ein offizielles Arbeitsvisum. Hilfe über die Konfliktlinien hinweg („cross-line“) ist auch aufgrund der erheblichen Sicherheitsrisiken für das Personal kaum zu leisten. Umso wichtiger wird daher die grenzüberschreitende Hilfe („cross-border“). Diese ist formal von der Zustimmung der Regierung in Damaskus als auch von der Duldung durch die Nachbarstaaten abhängig. Viele internationale Geber machen Finanzierungszusagen von einer formalen Registrierung abhängig. Somit tragen langwierige Registrierungsverfahren dazu bei, dass die Hilfe nicht ankommt oder ungleich verteilt ist. Am dringendsten ist der Bedarf in den umkämpften Gebieten und in von der Opposition kontrollierten Gebieten.<sup>5</sup>

Aufgrund der zunehmenden Eskalation der Kampfhandlungen, muss die humanitäre Hilfe vor Ort täglich mehr Menschen erreichen. Für die Ausweitung der humanitären Hilfe durch internationale NRO und die UN-Organisationen sind die notwendigen organisatorischen und personellen Kapazitäten vorhanden.

Die Bundesregierung hat seit 2012 einen bedeutenden finanziellen Beitrag zur Antwort auf die humanitäre Krise geleistet, der zu einem großen Anteil über NRO umgesetzt wird. Trotzdem sind die auf der internationalen Geberkonferenz in Kuwait im Januar 2013 eingegangenen Hilfszusagen für die erste Hälfte des Jahres 2013 in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar bisher nur zu 55 Prozent von den Regierungen westlicher und arabischer Geberländer eingelöst worden. Die in Kuwait getroffenen Annahmen für die Flüchtlingszahlen und humanitären Bedarf sind bereits weit übertroffen.

Bessere Finanzierungsmöglichkeiten, Abbau von bürokratischen Hindernissen und ein besserer Zugang sind sowohl für UN-Organisationen als auch für NRO dringend erforderlich, um Leben zu retten.

Der anhaltende Flüchtlingsstrom hat bereits heute die Kapazitätsgrenze der Nachbarländer erreicht und wirkt sich destabilisierend auf die gesamte Region aus. Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland ist daher nicht nur ein humanitäres Gebot, sondern auch ein wichtiges politisches Signal an die Region. VENRO begrüßt, dass die Bundesregierung bis Ende 2013 weitere 5.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen will.

Viele Flüchtlinge haben darüber hinaus Familienangehörige in Deutschland. Syrische Familien in Deutschland verfügen über gute Voraussetzungen und eine hohe Motivation, um weitere Unterstützung für Familien und Dorfgemeinden zu mobilisieren. Dieses Potential sollte bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen und auch bei der Unterstützung neutraler Hilfe in Syrien genutzt werden.

Die weiteren Aussichten für Syrien sind düster. Statt einer politischen Lösung wird eine zunehmende Eskalation des Konflikts unter Beteiligung der Nachbarstaaten immer wahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund bedarf es eines langfristigen Engagements sowohl in der humanitären Hilfe, aber auch in der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik.

Deutsche NRO haben sich für die nächsten zwölf Monate unter anderem folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Verbesserung der medizinischen Versorgung
2. Verbesserung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und mit sauberem Trinkwasser
3. Management von Flüchtlingslagern und Unterstützung für aufnehmende Gastgemeinden
4. Programme zum Schutz von Kindern und zur Traumabewältigung und zur Sicherstellung einer schulischen Ausbildung.

Eine wirkungsvolle Hilfe kann nur geleistet werden, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden.

<sup>5</sup> Siehe oben: Bericht Valerie Amos im UN-Sicherheitsrat am 18. April 2013.

Aus Sicht von VENRO ist besonders dringlich:

1. Die humanitäre Notlage der syrischen Zivilbevölkerung muss mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Politiker und Journalisten sollten die Kontakt- und Informationsangebote von deutschen und internationalen Organisationen annehmen und der Darstellung der humanitären Notlage einen angemessenen Raum geben.
2. Die UN sind ein wichtiger humanitärer Akteur, ein unbehindertes Arbeiten ist für eine koordinierte und umfassende Antwort auf den humanitären Bedarf unverzichtbar. Deshalb sind alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit UN-Organisationen die Möglichkeit erhalten, sogenannte cross-border Aktivitäten durchführen zu können, ohne in jedem Einzelfall die Zustimmung der syrischen Regierung einholen zu müssen.
3. Gleichzeitig müssen die diplomatischen Anstrengungen und Bemühungen der Bundesregierung gegenüber den Regierungen der Nachbarländer verstärkt werden, um den NRO Raum für ihre humanitäre Arbeit zu geben. Dazu sollten vereinfachte Registrierungsverfahren und Aufenthaltsgenehmigungen gehören.
4. VENRO begrüßt die umfangreiche Unterstützung der humanitären Programme der Nichtregierungsorganisationen in der Syrienkrise durch Mittel der Bundesregierung. Bei der Implementierung sollten die Förderbedingungen aufgrund des schwierigen Kontexts so angewandt werden, um in Bezug auf Ort und Implementierungspartner sowie administrative Anforderungen eine größtmögliche Flexibilität zu erhalten. Dabei sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass bisher nur wenig private Spenden eingeworben werden konnten, die in keinem Verhältnis zu dem immensen Bedarf stehen und deshalb im Jahr 2013 und darüber hinaus

weitere öffentliche Mittel in größerem Umfang notwendig sein werden.

5. Angesichts der zu erwartenden Zunahme von Flüchtlingen fordern wir von der Bundesregierung eine unbürokratische Aufnahme von weiteren syrischen Flüchtlingen in Reaktion auf die Entwicklung der weiteren Fluchtbewegung. Die Kriterien der Aufnahme sollten in Absprache mit Flüchtlingsorganisationen und sozialen Einrichtungen in Deutschland konkretisiert werden. Die Bundesregierung sollte sich bei weiteren EU-Ländern für eine abgestimmte Politik einsetzen.
6. Die Bundesregierung sollte ihre Anstrengungen auf allen Ebenen zu einer friedlichen Lösung des Syrienkonfliktes und zum Schutz der Zivilbevölkerung intensivieren.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228/9 46 77-0  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

### Redaktion

Andrea Padberg, Bodo von Borries  
und Sid Peruvemba (verantwortlich)

### Endredaktion

Kirsten Prestin

Bonn, 16. Mai 2013